

Verbaute Zukunft?

**Der verbaute Raum.
Raumnutzung im 3. Jahrtausend
und die Folgen**

**Der geplante Raum.
Ziele, Pläne und
die Wirklichkeit**

**Der gestaltete Raum.
Räumliche Qualitäten
und Präferenzen**



Herausgeber Forum Wissenschaft & Umwelt

Editor-in-Chief Gerlind Weber

Managing Editor Reinhold Christian

Editorial Board

Eva Buchinger, ARC systems research / Sozialforschung
Renate Cervinka, Universität Wien / Umwelthygiene
Hubert Fechner, Arsenal Research / Erneuerbare Energietechnologien
Gerhard Gangl, g&g consult
Günter Gollmann, Universität Wien / Evolutionsbiologie
Herbert Gottweis, Universität Wien / Politikwissenschaft
Herbert Greisberger, ÖGUT / Umwelt und Technik
Gerhard Imhof / Naturwissenschaften
Ferdinand Kerschner, J.-K.-Universität Linz / Umweltrecht
Thomas Kühtreiber, ÖAW / Umweltarchäologie
Michael Narodoslawsky, TU Graz / Ressourcen schonende und nachhaltige Systeme
Bernd Raschauer, Universität Wien / Staats- und Verwaltungsrecht
Gunther Tichy, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung / Makroökonomie
Günter Virt, Universität Wien / Moralthologie
Gerlind Weber, Universität für Bodenkultur / Raum, Landschaft und Infrastruktur
Andreas Windsperger, NÖ Landesakademie / Industrielle Ökologie
Verena Winiwarter, Universität Klagenfurt, IFF / Umweltgeschichte

Redaktion Petra Schneider

Impressum

Medieninhaber (Verleger) und Herausgeber:
Forum Wissenschaft & Umwelt
1060 Wien, Mariahilfer Str. 77–79, Haus A, 4. Stock
Tel. +43 (0)1 / 585 29 85; Fax +43 (0)1 / 585 29 86
E-Mail: redaktion@fwu.at, office@fwu.at
Layout: Wilfried Rameder, 1070 Wien, office@ram-grafik.net
Druck: Ferdinand Berger & Söhne GmbH, 3580 Horn

ISBN 978-3-902023-13-1

Gedruckt auf PEFC-zertifiziertem Papier



Diese Druckschrift wurde gefördert durch:

B.M.W.F^a

MIT
UNTERSTÜTZUNG
DES

The logo for the Austrian Ministry of Life, featuring a stylized 'L' shape with a landscape image inside it.

lebensministerium.at



VERBAUTE ZUKUNFT?

Inhalt

Petra SCHNEIDER &
Gerlind WEBER

Editorial

DER VERBAUTE RAUM. Raumnutzung im 3. Jahrtausend und die Folgen

Tanja TÖTZER & Wolfgang LOIBL & Klaus STEINNOCHER	Flächennutzung in Österreich. Jüngere Vergangenheit und künftige Trends. <i>Forschungsbericht</i> *	8
Clemens DEILMANN	Auf dem Effizienzpfad? Die Flächen- und Rohstoffintensität der deutschen Siedlungsentwicklung. <i>Forschungsbericht</i> *	21
Thomas PREUSS	Was kostet ein Baugebiet? Infrastrukturelle Folgekosten der Siedlungsentwick- lung im Bereich Wohnen. <i>Forschungsbericht</i>	31
Tatjana FISCHER	Alte Menschen – neue Herausforderungen. <i>Kurzbericht</i>	41
Georg SCHILLER	Auf großem Fuß. Eigennutzen auf Kosten des Gemeinwohls. <i>Forschungsbericht</i> *	44
Kathrin DRIESSEN & Angelika MÜNTER	Wohnen in Suburbia. Muster, Motive und städtische Gegenstrategien. <i>Forschungsbericht</i> *	55
Michael WEGENER	Energie, Raum und Verkehr. Auswirkungen hoher Energiepreise auf Stadtentwicklung und Mobilität. <i>Forschungsbericht</i> *	67
Hermann KNOFLACHER	Erzeugen Straßen Verkehr? Einwände gegen meine Kritiker. <i>Kommentar</i>	76
Gotthard MEINEL & Sylke STUTZRIEMER	An der Autobahn. Flächenentwicklung im Umfeld von Autobahntrassen in Deutschland. <i>Forschungsbericht</i> *	82
Jakob EGGER	Den Aufwand wert? Beschäftigungseffekte von Einkaufszentren im Verhältnis zu ihren gesellschaftlichen Kosten in Form des Verkehrsaufwands. <i>Kurzbericht</i>	90
Österreichischer RECHNUNGSHOF	„Dem gesetzlichen Auftrag wäre nachzukommen.“ Aus einem Bericht des Österreichischen Rechnungshofes zur Thematik Einkaufszentren. <i>Auszüge</i>	97

DER GEPLANTE RAUM. Ziele, Pläne und die Wirklichkeit

Franz DOLLINGER & Fabian DOSCH & Barbara SCHULTZ	Fatale Ähnlichkeiten? Siedlungsflächenentwicklung und Steuerungsinstrumente in Österreich, Deutschland und der Schweiz. <i>Forschungsresümee</i>	104
Gerlind WEBER	Raumplanerische Interventionen. Neue Orientierungen im Labyrinth der Möglichkeiten. <i>Forschungsresümee</i> *	126

Gernot STÖGLEHNER &
Franz GROSSAUER

Raumordnung und Klima. Die Bedeutung der Raumplanung für Klimaschutz und
Energiewende. *Forschungsresümee* *

137

Die Bodenschutzrichtlinie der EU, das „Bürokratiemonster“?
Eine Sammlung von *Auszügen*

143

Irmi SEIDL &
Barbara SCHULTZ &
Mario GELLRICH

Flächenzertifikate. Ein Instrument zur Senkung der Flächeninanspruchnahme?
Forschungsresümee

150

Martina KOLL-SCHRETZENMAYR &
Simon KRAMP

Freund oder Feind? Was es wirklich bedeutet, Bauflächenpotenziale zu mobili-
sieren. *Forschungsresümee* *

157

Susanne HEEG

Geld und (Stadt-)Raum. Zur Nachhaltigkeit von Finanzströmen in gebauter
Umwelt. *Forschungsresümee*

169

Reinhard SEISS

Wer hat das Sagen im Raum? Zur Handlungsmacht in der
Siedlungsentwicklung am Beispiel Wien. *Essay*

176

Josef UNTERWEGER

Österreich – eine Oligarchie von Baukonzernen mit angeschlossener Republik.
Kommentar

186

DER GESTALTETE RAUM. Räumliche Qualitäten und Präferenzen

Wolfgang SONNE	Ästhetische Nachhaltigkeit in der Stadt. The aspect formerly known as Schönheit. <i>Essay</i>	190
Georg FRANCK	Raum als Luxus? Über Raumqualitäten als Indikatoren für das gute Leben. <i>Essay</i>	197
Petra SCHNEIDER	Über Gestaltung streiten. <i>Kommentar</i>	203
Christian DEMAND	„Die Beschämung der Philister“. <i>Auszüge</i>	205
Axel SEYLER	Tote Theorie? Hilft uns die Gestaltpsychologie bei der Umweltgestaltung? <i>Essay</i>	211
Dörte KUHLMANN	Die Shpinx und die Pyramide. Repräsentiert unsere gebaute Umwelt beide Geschlechter? <i>Forschungsresümee</i>	219
Roland HACKL	Im Auge des Betrachters. Aussicht als Preisfaktor auf dem Immobilienmarkt. <i>Forschungsbericht</i> *	225
Maria SPITTHÖVER	Müssen wir unsere Städte doch umbauen? Städtische Freiraumqualitäten als Chance gegenüber der Stadtfucht. <i>Forschungsresümee</i>	235
Renate CERVINKA & Annelies KARLEGGGER	Grünräume als Ressourcen für die persönliche Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. <i>Kurzbericht</i>	242

Editorial

Die Krise unserer Räume vollzieht sich schleichend und lässt es an aufsehenerregender Dramatik fehlen. Sie wird nicht von eilig einberufenen Krisensitzungen begleitet und bringt keine seitenlangen medialen Analysen und Erklärungsversuche hervor. Die Klimakrise brauchte ein gutes Jahrzehnt, bis sie im öffentlichen Bewusstsein angekommen war, die Finanz- und Wirtschaftskrise „bloß“ zwei Jahre. Wann werden wir den Appell hören, das Ende des räumlichen Neoliberalismus einzuleiten?

Derzeit sind die Chronisten der Raumkrise zu einem guten Teil damit beschäftigt, Zahlenreihen zusammenzutragen. Immer wieder ist ihre Forderung an Verwaltung und Politik zu vernehmen, doch endlich für verlässliche, vollständige und vergleichbare Datengrundlagen zu sorgen. Die Grundtrends, die die vorhandenen Daten aufscheinen lassen, sind immerhin klar genug. **TANJA TÖTZER**, **WOLFGANG LOIBL** und **KLAUS STEINNOCHER** zeigen, in welche Richtung diese in der jüngeren Vergangenheit Österreichs gewiesen haben – und aller Voraussicht nach in Zukunft weisen werden: Wir okkupieren immer mehr der kostbaren und endlichen Ressource Fläche, Boden, Raum (oder wie immer wir es nennen wollen) für Siedlungs- und Verkehrszwecke, und das wird selbst nach den vorsichtigsten Szenarioschätzungen wohl auch so bleiben und den großen „Verlierer“ dieser Transformation weiterhin schrumpfen lassen: die Landwirtschaft. Auch **CLEMENS DEILMANN** zieht aus Fallbeispielen für Deutschland das Resümee, dass eine Trendumkehr nicht möglich ist, sondern bestenfalls eine „Dämpfung“ – und demonstriert, dass die Ausweitung des Siedlungskörpers die unliebsame Folge hat, dass dessen Energie- und Rohstoffeffizienz sinkt: „Immer weniger Menschen werden immer größere Stofflager anhäufen und steigende Ressourcenmengen verbrauchen.“

Die öffentliche Sensibilität für dieses Problem ist gering. Könnte man sie verstärken, indem man den Menschen vorrechnet, welche enormen Folgekosten für Infrastrukturen ihnen neu ausgewiesene Baugebiete in Zukunft bescheren werden? **THOMAS PREUSS** setzt auf fiskalische Wirkungsanalysen in Form von handhabbaren Computerprogrammen, die von den Gemeinden vor der Ausweisung eines neuen Baugebiets über dessen Kosten und Nutzen befragt werden könnten. **TATJANA FISCHER** legt das Augenmerk insbesondere auf die Kosten jener sozialen Infrastrukturen, die eine alternde Bevölkerung benötigt. Das große Problem unseres Umgangs mit Fläche und Raum ist, dass zahllose Einzelakteure aus ihrer Sicht durchaus sinnvolle Entscheidungen treffen, die aber in Summe zu einem Ergebnis führen, das allen Nachteile – und immer höhere Infrastrukturkosten – bringt. **GEORG SCHILLER** betrachtet die unterschiedlichen Motive und Wahrnehmungsweisen, die bei der Mehrung des Eigennutzens auf Kosten des Gemeinwohls im Spiel sind, und schlägt zielgenaue Strategien vor, um die unterschiedlichen Gruppen von Akteuren zu mehr „Kostenwahrheit“ zu führen.

Motiven und Wahrnehmungsweisen gehen auch **KATHRIN DRIESSEN** und **ANGELIKA MÜNTER** nach – nämlich jenen, die bewirken, dass Menschen aus den Kernstädten in deren

Umland flüchten und die Suburbanisierung vorantreiben. Dabei stellen sie fest, dass auch hier kurzfristige finanzielle Einschätzungen wirksam sind und dass das Wohnen in peripheren Gebieten mit billigeren Grundstückspreisen, aber ohne Anschluss an öffentliche Verkehrsmittel aufgrund der höheren Kosten für das (oder die) Auto(s) nicht wesentlich billiger ist als an teureren Standorten, die besser in das städtische Gefüge integriert sind. Wenn man nun aber weiß, dass die Menschen einigermaßen preisgünstig in einem Eigenheim mit Garten wohnen wollen, dann greift die Gegenstrategie vieler Städte, auf städtischem Terrain (teure) Einfamilienhausareale auszuweisen, eindeutig zu kurz. Produktiver wäre es, den baulichen Bestand an die Bedürfnisse (etwa von Familien mit Kindern) anzupassen und dessen Erwerb so zu fördern, dass er für „auswanderungswillige“ Gruppen erschwinglich wird.

Es könnte ohnedies sein, dass bald alles ganz anders kommt. Wenn die Ära des billigen Benzins zu Ende geht, wird sich die private Mobilität reduzieren und verlagern, so haben die Szenariorechnungen am Beispiel der Stadt Dortmund ergeben, die **MICHAEL WEGENER** im Rahmen des EU-Projekt STEPs angestellt hat. Das wird positive Folgen auf den Treibhausgas-Ausstoß und negative Folgen für die Lebensqualität in Suburbia haben, wenngleich es an der Suburbanisierung an sich nichts ändern wird – zumindest solange nicht, als keine unterstützenden politischen Maßnahmen ergriffen werden, um flächensparende, durchmischte und verdichtete Siedlungsformen zu fördern.

Dass die Art und Weise der Mobilität und räumliche Entwicklung zusammenhängen, ist das Credo von **HERMANN KNOFLACHER**. Um diese Entwicklung in eine andere, nachhaltigere Richtung zu steuern, wäre es aus seiner Sicht nicht nur nötig, keine neuen Straßen mehr zu bauen, sondern auch eine Art Sicherheitsabstand zwischen den wohnenden Menschen und ihren Automobilen einzuziehen, der ihnen dabei helfen kann, sich für das (dann distanzgleich entfernte) öffentliche Verkehrsmittel zu entscheiden. Hochrangige Straßen jedenfalls ziehen eine räumliche Entwicklung nach sich, die **GOTTHARD MEINEL** und **SYLKE STUTZRIEMER** mit Flächennutzungszahlen belegen können: Entlang von Autobahnanschlüssen in Deutschland erhöht sich der Anteil von Siedlungsflächen um fast das Doppelte, jener von Gewerbe, Industrie, Handel und Dienstleistungen um das Siebenfache. Im Speziellen für Einkaufszentren stellt **JAKOB EGGER** ungewöhnliche Berechnungen an: Er fragt nach dem Verkehrsaufwand, den die Kunden auf ihren Einkaufsfahrten betreiben, und setzt die Höhe dieses Aufwands mit den von den Einkaufszentren bereitgestellten Arbeitsplätzen in Beziehung. Dabei zeigt sich erstens, dass innerstädtische Einkaufsstraßen oder -zentren auf derselben Flächeneinheit mehr Arbeitsplätze schaffen als periphere Großgebilde und dass diese Arbeitsplätze zweitens mit einem wesentlich geringeren Gesamtverkehrsaufkommen verbunden sind (also weniger gesellschaftliche Folgekosten verursachen). Dem Trend zum Einkaufszentrum auf der grünen Wiese gegenzusteuern ist allerdings mehr als schwierig, wie Auszüge aus einem Bericht des Österreichischen **RECHNUNGSHOFES** zeigen, der österreichische Landesregierungen und Gemeinden mahnt,

doch endlich die seit Jahren in Bundesgesetzen zur Verfügung stehenden Instrumente (wie eine Verkehrsanschlussabgabe) anzuwenden.

Vorschläge für Steuerungsinstrumente und deren Durchsetzung und Anwendung in der Praxis fügen sich zu einem langen Kapitel, dem sich **FRANZ DOLLINGER**, **FABIAN DOSCH** und **BARBARA SCHULTZ** in einem Vergleich der Situation in Österreich, Deutschland und der Schweiz widmen. Am prinzipiellen guten Willen, die räumliche Entwicklung nachhaltiger zu gestalten, fehlt es in keinem der drei Staaten, und insbesondere Deutschland hat umfangreiche Forschungsbemühungen und Programme in diese Richtung in Gang gesetzt. Die Effekte dieses guten Willens sind mager. Dass die Kluft zwischen Absicht und Verwirklichung so schwer zu überwinden ist, liegt im Wesentlichen an mangelndem gesellschaftlichem Konsens bezüglich der anzustrebenden Ziele, der von unterschiedlichen Sichtweisen auf die als mehr oder minder destruktiv eingeschätzten Wirkungen unserer räumlichen Praxis begleitet wird. Auch was die geeigneten Steuerungsinstrumente betrifft, gehen die Ansichten weit auseinander. Um ein Instrument zur Anwendung zu bringen, muss dieses erst einmal durch die komplexen Netzwerke von Akteuren aus Politik und Verwaltung, Wirtschaft, Verbänden und Kommunen geschleust werden – und das ist ein langer Weg.

Dazu kommt, dass es „das“ bestmögliche Steuerungsmittel tatsächlich nicht gibt. Es macht einen Unterschied, ob man es mit Grünland, Bauerwartungsland, erschlossenem Bauland oder etwa Brachen zu tun hat. **GERLIND WEBER** macht anhand der „Baulandtreppe“ deutlich, dass es nicht ausreicht, Einzelmaßnahmen zu ergreifen, sondern dass eine Gesamtstrategie aus bodenpolitischen Maßnahmen für jeden „Treppenabsatz“ oder jedes „Reifestadium“ von (Bau-)Flächen geeignete Lösungen anbieten müsste. Eine solche Gesamtstrategie wäre auch angesichts der Tatsache sinnvoll, dass in den (Bundes-) Ländern (oder Kantonen) bereits heute unterschiedliche Rechtsmittel zur Verfügung stünden, sich deren Umsetzung im Großen und Ganzen aber bloß auf einige Good-Practice-Beispiele beschränkt. **GERNOT STÖGLEHNER** und **FRANZ GROSSAUER** weisen auf diese Tatsache aus der Sicht des Klimaschutzes hin, der entschlossenes raumplanischeres Handeln benötigt. Denn Siedlungs- und Raumstruktur beeinflussen den Energieverbrauch genauso wie die Versorgungsmöglichkeiten mit erneuerbaren Energieträgern, und die Böden dieser Erde speichern mehr Kohlenstoff als Vegetation und Atmosphäre zusammen.

Wie mühsam die Durchsetzung einer Gesamtstrategie im Flächen- und Bodenschutz tatsächlich ist, lassen Auszüge aus der öffentlichen Diskussion zur **BODENSCHUTZRICHTLINIE** der EU erahnen – absolut notwendig, fordern die einen, ein bürokratisches Monster, stöhnen die anderen (zu denen übrigens Deutschland und Österreich zählen). Dieser seit Jahren auf dem Tisch liegende Vorschlag der Europäischen Kommission ist einer der wenigen Vorstöße Europas in Richtung eines flächendeckenden Boden- und Versiegelungsschutzes, da die Europäische Union die Raumordnung im Übrigen in traditioneller

Manier als Mittel des ökonomischen und infrastrukturellen Ausgleichs (zum Beispiel in Form von TEN, der transeuropäischen Verkehrsnetze) betrachtet.

Angesichts der Dominanz der Ökonomie in unserer Gesellschaft stellt sich die Frage, ob sich der Boden- und Flächenschutz am Klimaschutz orientieren und Flächenzertifikate ähnlich wie die CO₂-Handelsrechte einführen sollte. Mit einem solchen nach marktwirtschaftlichem Prinzip funktionierenden Mechanismus könnte, wie **IRMI SEIDL**, **BARBARA SCHULTZ** und **MARIO GELLRICH** aufzeigen, Bauland von Gebieten mit wenig Bedarf in solche mit hohem Bedarf „verlagert“ werden, sodass der Gesamtverbrauch begrenzt werden könnte. Wenn das Recht, eine Fläche zu bebauen, eigens von jemand anderem erworben werden muss, könnte das auch ein Anreiz sein, den bestehenden Siedlungskörper effizienter zu nutzen und dessen „Bauflächenpotenziale“ zu mobilisieren. Davon ist zur Zeit allerorten die Rede – aber was bedeutet es konkret? Maßnahmen wie Umnutzung, Abriss und Neubau, Erhöhung von Geschossflächen, An- und Aufbauten, Baulückenschließung, so **MARTINA KOLL-SCHRETZENMAYR** und **SIMON KRAMP**, verändern die urbane Umwelt, stoßen auch auf Widerstände und haben nur dann Chance auf Verwirklichung, wenn sie mit Maßnahmen zur Erhöhung der Lebensqualität eines Quartiers einhergehen. Diese kosten jedoch Geld, und Geld regiert auch die Welt der Bauflächenmobilisierung, die nur dann stattfindet, wenn Bodenwertsteigerungen erzielt werden können. Es sind also auch hier, wie in vielen anderen Bereichen, Einflussnahmen (und Investitionen) der öffentlichen Hand gefordert.

In einem Klima des internationalen Städtewettbewerbs um Investoren und Prestigeprojekte fällt es Städten allerdings nicht leicht, die „richtigen“ Maßnahmen zu ergreifen, um den Immobilienmarkt im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung zu beeinflussen. **SUSANNE HEEG** beschreibt, wie sich dieser Markt zugleich mit der Deregulierung der Finanzmärkte verändert hat. Heute bestimmen weniger lokale Akteure, ausgestattet mit Bankkrediten und langfristigen Perspektiven, das urbane Baugeschehen, sondern international agierende Immobilienfonds oder Real Estate Investment Trusts, die ihr Kapital je nach Renditemöglichkeiten in hochpreisigen Gunstlagen konzentrieren und es in konjunkturellen Flauteperioden rasch zurückziehen. Das führt dazu, dass in Boomphasen mit guten Aussichten auf hohe Renditen zu viel investiert wird und zu viele Bauprojekte begonnen werden, während im Abschwung zu wenig Geld für Sinnvolles und zu viel nicht genutztes Flächenpotenzial vorhanden ist.

Die Stadtpolitik wäre – theoretisch – in der Lage, dem entgegenzuwirken, in der Praxis aber lässt sie sich oft genug von den ökonomisch-spekulativen Interessen prominenter Investoren oder Bauträger beherrschen, wie **REINHARD SEISS** am Beispiel Wiens demonstriert. Konzessionen gegenüber individuellen Begehrlichkeiten bleiben nicht ohne Folgen für die räumliche Qualität – und damit für die Nachhaltigkeit – des städtischen Gefüges. **JOSEF UNTERWEGER** betrachtet auch die staatliche Ebene kritisch: Österreich werde, so spitzt er es in seinem Kommentar auf der Basis seiner langjährigen Erfah-

rungen als Anwalt zu, von einer Oligarchie aus Baukonzernen regiert. Diese Oligarchie bestünde aus Konzernen des Hoch- und Tiefbaus, der baustoffherstellenden Industrie, deren Tochterunternehmen aus dem Bereich Immobilienschließung und -verwertung, Banken, die Anteile an Baukonzernen halten und diese finanzieren – sowie den mit diesen verflochtenen politischen Parteien. Um diese Interessenverflechtungen zu unterbinden und das Baugeschehen zu ökologisieren, müsste Österreich re-demokratisiert, also eine transparente Kontrolle und eine effiziente Gerichtsbarkeit eingeführt werden.

Der Forderungen sind viele, und doch bräuchte es für eine nachhaltige räumliche Entwicklung womöglich noch viel mehr, wie **WOLFGANG SONNE** am Beispiel der Stadt hervorstreicht. Wenn Städte langfristig als lebenswerte Orte wahrgenommen werden sollen, dann dürfen sie weder von ödem Funktionalismus noch von auffälliger Prestige-Architektur beherrscht werden. Sie brauchen ein ästhetisches Konzept der nachhaltigen Stadt, das nicht großen Stadtentwicklungsplänen, sondern verständlichen Regeln folgt – und sich an jenem durchaus vorhandenen gesellschaftlichen Konsens orientiert, in welcher Art von Umgebung es sich gut und angenehm leben lässt. Regeln und Strukturmuster, so **GEORG FRANCK**, haben sich in der Geschichte der Stadt entlang der täglichen Wege der Stadtbewohner evolutionär herausgebildet. Die kompakte Stadt mit ihren typischen Erschließungssystemen und ihren unterschiedlichen Graden von öffentlich und privat konnte daher nach ihrer Abwertung durch die städtebauliche Moderne ein ästhetisches Revival erleben, das der belanglos-beliebigen Zwischenstadt wohl versagt sein wird. Das ältere Modell hält jene räumlichen Qualitäten bereit, nach denen jener überindividuelle Konsens verlangt. Dieses Verlangen äußert sich nicht zuletzt in den Preisen, die für räumliche Qualität bezahlt werden – und die diese zum Luxusgut machen.

Wenngleich sie in explosive Gefilde führt und zahllose Sprengfallen bereithält, so brauchen wir die Diskussion um die „dritte Dimension“ der Ästhetik, wenn wir nachhaltige Räume schaffen wollen, so **PETRA SCHNEIDER**. Wir können ästhetische Regeln in unserer pluralistischen Gesellschaft nicht von oben vorgeben, können sie jedoch auf lokaler Ebene „erstreiten“ – indem wir dort Demokratie, Partizipation und Mitbestimmung institutionalisieren. Um die ideelle Kluft zwischen gestalterischen Experten und Laien zu überbrücken, bedürfte es allerdings einer neuen Art und Weise, miteinander zu reden. Auszüge aus „Die Beschämung der Philister“ von **CHRISTIAN DEMAND** zeigen die Mechanismen auf, die den öffentlichen Diskurs der bildnerischen Kunst – und wohl auch der Architektur – bestimmen. Der kritische Laie, der exzeptionellen Entwürfen nichts abgewinnen kann, wird als borniert, hinterwäldlerisch, reaktionär bis faschistoid denunziert und ausgegrenzt.

Ein ähnliches Schicksal ereilte auch die Gestaltpsychologie. Es kann gut sein, dass die Sehgesetze, die sie formulierte, eine brauchbare Grundlage abgegeben hätten, um eine Umgebung zu schaffen, die das menschliche Wohlbefinden dauerhaft fördert. Denn wenn unsere Umwelt die Mechanismen unserer

visuellen Verarbeitung nicht anregt, dann reduzieren sich positive Empfindungen beim Wahrnehmen, ist **AXEL SEYLER** überzeugt. Positive Empfindungen haben sicherlich jene, die von den höchsten Etagen eines Towers die Welt zu ihren Füßen liegen sehen. **DÖRTE KUHLMANN** fragt, ob bauliche Figuren wie Bürohochhäuser Ausdruck männlicher Dominanz sind und ob die räumliche Welt der Gegenwart in erster Linie einem männlichen Weltzugang entspricht. Diese Frage kann nur über einen Umweg bejaht werden: Es handelt sich hier wohl um universelle Symbole der Macht, die von beiden Geschlechtern ganz ähnlich wahrgenommen werden. Da aber die Macht auch heute noch vielfach in den Händen von Männern liegt, lässt sich wohl sagen, dass weibliche Interessen im Raum zu einem geringeren Anteil repräsentiert werden.

Eine (mehr oder minder berauschende) Aussicht ist nicht bloß im Fall von Hochhäusern relevant. Wie **ROLAND HACKL** mittels eines empirisch fundierten Immobilienpreismodells nachweist, wirkt sich die Aussicht einer Wohnung auf deren Preis oder Miete aus. Der Immobilienmarkt gibt uns recht deutliche Signale, was die Menschen vor ihren Fenstern zu sehen wünschen, und könnte insofern durchaus auch als Orientierungshilfe für die urbane Gestaltung fungieren. Indem er das Wünschenswerte verteuert und das Unwillkommene erschwinglich macht, wirkt er aber auch als Hemmnis für einen gleichberechtigten Zugang aller zu den Orten des „guten Lebens“. Dabei wäre es im Sinne der nachhaltigen Entwicklung von ungemein großer Bedeutung, möglichst vielen – eigentlich allen – Menschen zu gestatten, an solchen Orten zu leben. **MARIA SPITTHÖVER** weist nachdrücklich darauf hin, was es zum guten Leben in der Stadt braucht: grüne „Zimmer“ im Freien, Balkone, Terrassen, Hausgärten, unmittelbare Verbindungen von Wohn- und Freiräumen, Trennungen zwischen öffentlich und privat ... Solche Elemente können auch im Nachhinein in dichte Strukturen implementiert werden – im Neubau sollten sie selbstverständlich sein, werden jedoch allzu oft dem pauschalen Argument der Urbanität durch Dichte, der Konsolidierung von defizitären kommunalen Haushalten durch hohe Grundstückspreise, Konzessionen an Investoren, dem groß dimensionierten und schnellen Bauen, der „Verschlankung“ von Bebauungsplänen und anderem mehr geopfert. Da die vorbildlichsten Projekte dort entstanden, wo sich Menschen in Eigeninitiative zusammaten, sollten Partizipation und Engagement deutlich mehr gefördert werden.

Auf den hohen Stellenwert von Frei- und Grünräumen insbesondere für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen weisen auch **RENATE CERVINKA** und **ANNELIES KARLEGGGER** hin und berichten von einem partizipativen Prozess, bei dem ein Schulgarten von Schülern, Schülerinnen und Lehrenden gestaltet wurde – ein Prozess, durch den ein kleines Stück ehemals lieblos genutzter Umwelt in „Lebensraum“ verwandelt wurde.